

**6. Satzung zur Änderung der  
Satzung über die öffentliche  
Abwasserbeseitigung  
(Abwassersatzung)  
vom 15. November 2011**

Aufgrund des § 46 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg in der Fassung vom 03.12.2013 (GBl. S. 389), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.12.2014 (GBl. S. 777) i.V. mit den §§ 4, 11 und 142 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg i. d. F. vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 581), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2015 (GBl. 2016, S. 1) i.V. mit den §§ 2 und 13 des Kommunalabgabengesetzes i. d. F. vom 17. März 2005 (GBl. S. 206), zuletzt geändert durch Gesetz v. 15.12.2015 (GBl. S. 1147) hat der Gemeinderat am 15.11.2016 folgende Satzung beschlossen:

**Artikel 1**

§ 44 Abs. 1 erhält folgende Fassung:  
Die Schmutzwassergebühr (§ 39 Abs. 1a) beträgt je m<sup>3</sup> Abwasser 1,90 €.

§ 44 Abs. 2 wird wie folgt geändert:  
Die Niederschlagswassergebühr (§ 39 Abs. 1b) beträgt je m<sup>2</sup> versiegelte Fläche 0,37 €.

§ 44 Abs. 3 wird wie folgt geändert:  
Die Gebühr für sonstige Einleitungen (§ 8 Abs. 3) beträgt je m<sup>3</sup> Abwasser oder Wasser 1,90 €.

**Artikel 2**

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2017 in Kraft.

Magstadt, den 17.11.2016  
gez. Dr. Hans-Ulrich Merz, Bürgermeister

**Hinweis:**

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg bei der Neufassung dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 Gemeindeordnung unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, darzulegen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind;
2. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder wenn vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.